

# Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweiger.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. sidd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil. Deutschland.

\* **Berlin, 14. Sept.** [Zum Gasteiner Vertrag] gewinnt es an Wahrscheinlichkeit, daß die Westmächte mit demselben ernstlich unzufrieden sind. (Vgl. unter Paris.) Gefährlich zwar scheint die Sache vorerst nicht zu sein; allein ein Einverständnis zwischen Frankreich und England Oesterreich und Preußen gegenüber kann nicht verfehlen, auf den weiteren Gang der Politik wesentlich einzuwirken.

— [Zur preussischen Flotte] schreibt die neueste ministerielle „Prov.-Corr.“:

„Weil die Hoffnung auf das wirkliche Zustandekommen des deutschen Unternehmens noch im weiten Felde ist, so hat Preußen einstweilen und bis zur Erfüllung jener Hoffnung alles dasjenige für seine eigene Marine gesichert, was in den Februarbedingungen überhaupt in Anspruch genommen war: die Benutzung des Kieler Hafens und das Commando über denselben, die Anlegung von Befestigungen in der Kieler Bucht, die Einrichtung aller nöthigen Marine-Etablissements und die Einquartierung der erforderlichen Mannschaften in Kiel. — Somit ist in Betreff Kiels im einstweiligen Zustande Alles an Preußen zugestanden, was je gefordert war, — für den künftigen Zustand aber ist Höheres, bisher vergeblich Erstrebtes in Aussicht genommen.“

— [„Die hanseatische Frage.“] „Hanseatische Frage?“ wird der Leser erstaunt rufen. „Was ist das? Kenn' ich nicht!“ Wir wollen Aufklärung geben: „Die hanseatische Frage“ ist ein Fäbler, ist das erste Glied einer Kette, welche befaßt wird: die eldenburgische Frage, die braunschweigische, hannoversche, sächsische etc. Frage. Unter der Ueberschrift: „Die hanseatische Frage“ bringt nemlich das dazwischen erscheinende „N. Allg. Volksbl.“, ein Organ der Ministeriellen, einen Leitartikel, welcher mit der Versicherung beginnt, „die hanseatische Frage müsse auf die Tagesordnung gebracht und als eine der vornehmsten deutschen Fragen (wir kennen nur eine deutsche Frage, mit deren Erledigung alle Sonderfragerei ein Ende haben wird) in den Vordergrund der politischen Debatte gestellt werden müsse.“ Nach dieser merkwürdigen Versicherung heißt es weiter:

„Man halte uns nicht entgegen, daß das Verhältniß der Hansestädte zu Preußen und Deutschland nach der definitiven Lösung der schleswig-holsteinischen Frage und nach Herstellung einer Achtung gebietenden und wahrhaft schirmfähigen preussischen Marine sich von selbst regeln werde. Wir zweifeln hieran keineswegs, können uns aber dennoch durchaus nicht mit jener Fiktion einverstanden erklären, welche die Lösung der hanseatischen Frage von der Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit und der Flottenfrage abhängig machen will. Wir sind vielmehr der Meinung, daß Preußen die Lösung dieser beiden Fragen durch eine praktische und energische Inangriffnahme der hanseatischen Frage sich unendlich erleichtern kann und daß es anherdem durch die Opfer, die es in der deutschen Frage gebracht und durch die Stellung, die es sich durch seine militärischen und maritimen Anstren-

gungen erworben, sich schon jetzt hinreichend den vollständigsten Anspruch auf den engsten Anschluß der Hansestädte gesichert hat.

„Denn es handelt sich nicht bloß darum, daß wir überhaupt einmal eine Kriegsmarine zweiten Ranges erhalten, sondern daß wir so rasch als möglich aus dem unerträglichen Zustande unserer Schwäche zur See herauskommen und schon in den nächsten Jahren unsere Großmachtposition zu Wasser nicht minder als zu Lande geltend machen können. Auch ist gar kein Grund abzusehen, warum die Hansestädte länger in ihrer bisherigen abnormen Stellung belassen werden sollen, bei der sie alle Vorrechte souveräner Staaten beanspruchen, ohne eine einzige der Pflichten gegen die norddeutsche Großmacht als ihre natürliche Schutzmacht erfüllen zu wollen.“

— [Aus den Herzogthümern.] Ueber die Ren-Münster'sche Versammlung von Abgeordneten der schleswig-holsteinischen Vereine findet sich in den „All. Nachr.“, wie wir aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnehmen, folgende Stelle:

Der Vorsitzende (Adv. Füssen aus Altona) eröffnete die Versammlung mit einem Referat über die Thätigkeit des engeren Ausschusses, und in kurzen Zügen schilderte er das Drückende, Abnorme und Gefährliche unserer jetzigen Lage; er stellte als Ansicht des Ausschusses hin, daß in dem Kampfe, indem wir uns jetzt auf Scene befinden, unser Volk durchaus allein stehe, denn auf den Bundestag werde sich wohl keiner verlassen, und auch das deutsche Volk, dessen Begeisterung am Ende des Jahres 1863 so Großes für uns vollbracht (?) siehe nicht mehr zu uns. Ja, die Zusammenkunft des Ausschusses mit den Sechunddreißigern habe deutlich gezeigt, daß sogar die „Führer des deutschen Volks“ keine Einsicht und kein klares Verständniß hätten für die Bewegung und Aufregung, für den stattsabenden Druck und die schrankenlose Willkür, mit der wir behandelt werden.

— [Zum Bonner Arndt'sfest] giebt jetzt — sehr nachträglich — die „Magdeb. Pr.“ folgende Rechtfertigung des Verhaltens von Herrn Classen-Kappellmann:

Dieselben Herren vom Arndt'sfest-Comitee, welche den von der Kölner Starverordneten-Versammlung deputirten Classen-Kappellmann zu Bonn am Bahnhof empfangen, zum Essen in der Lesegesellschaft einladen und in den Zug begleiteten, eröffneten ihm bald nachher, nachdem sie mit dem Oberbürgermeister Kaufmann gesprochen, daß er an dem Essen in der Gesellschaft nicht theilnehmen dürfe, weil der Oberbürgermeister das Ehrenwort gegeben, daß Classen-Kappellmann zu dem fraglichen Essen nicht erscheinen dürfe, und sie luden ihn deshalb ein, mit ihnen im Hotel zu speisen. Unter diesen Umständen konnte und durfte Classen-Kappellmann nicht bleiben; er konnte sich als Gast nicht aufdrängen, nachdem die Einladung ihm selbst eröffnet hatten, daß er an dem Festmahl in der Lesegesellschaft nicht theilnehmen dürfe, und in ein Hotel mit diesen zu gehen, widersprach der Willkür der Sendung als Vertreter der Stadt Köln. Freiwillich hat sich also Classen-Kappellmann nur in so weit entfernt, als die Einladenden ihn dazu veranlaßt hatten, nicht gegen deren Willen. Gegen den Willen des Comitee's konnte er doch bei dem Festmahl nicht erscheinen. Was man gegen das Benehmen des Comitee's gesagt hat, ist eben zu wenig als zu viel. Es war eine grenzenlose Taktlosigkeit und Feigheit von demselben, daß

es sich die Präventiv-Maßregel des Oberbürgermeisters, die sich wegen des Pressgesetzes nicht mit gebührenden Worten kennzeichnen läßt, ohne Widerrede gefallen ließ.

Herr Classen-Kappellmann ist durch sein Ausweichen nach Berviers bereits genügend gekennzeichnet. Was die Bonner Angelegenheit betrifft, so ist es gleichgültig, wer die betheiligten Kappellmänner waren. Denn Kappellmann ist eigentlich weniger eine einzelne Person, als vielmehr eine Klasse von Personen. Welche Kappellmänner nun gerade in Bonn in erster Linie fungirten, ist einerlei — es genügt der Umstand, daß, wie aus obigem Bericht der „Magd. Pr.“ hervorgeht, überhaupt dort in ungläublich starkem Maße gekappellmannet wurde.

— [„Von der Stettiner Zeitung“] geht uns eine Probenummer zu. An der Spitze des Blattes wird gesagt:

Die Stettiner Zeitung, welche mit dem heutigen Tage unter der verantwortlichen Redaction des Unterzeichneten (R. Grafmann) ins Leben tritt, wird eine Politik der Versöhnung vertreten. — — —

Ein Staat, der von Parteien zerissen ist, in dem Volk und Regierung sich bekämpfen, kann unmöglich gedeihen. Wir halten es daher für die Pflicht jedes unbefangenen und gewöhnlichen Mannes, im Innern des Staates nach Kräften Frieden zu stiften und die Parteien zu versöhnen.

Das wird schwer halten. In Fragen, wie diejenige ist, welche den Gegenstand des „inneren Conflicts“ in Preußen bildet, könnte eine „Versöhnung“ nur in zeitweiligen Zudecken eines tiefgehenden Zwiespaltes bestehen. — Im Uebrigen verspricht die Zeitung, welche täglich zweimal ausgegeben werden soll, die dortigen Provinzial-Angelegenheiten besonders eingehend zu behandeln.

\* **Wien, 12. Sept.** [Der Erlaß über Einberufung des siebenbürgischen Landtages], durch den für die Ungarisirung Oesterreichs ein entschiedener Schritt vorwärts gethan ist, beginnt mit folgender mittelalterlichen Anrede: „Hochgeborne, Ehrwürdige, Cole, Hochwohlgeborne, Wohlgeborne, Edelgeborne, Ehrname, Fürstliche und Weiße, Unsere lieben Getreuen!“ Diese althistorischen Formeln sind ganz der Sache entsprechend, und haben den Vortheil, daß sie den Geist des neuen Regierungssystems in Oesterreich auch äußerlich bloßlegen, eines Regierungssystems, welches wir, beiläufig gesagt, als die Macht Oesterreichs weiter zerlegend, mit Freuden zu begrüßen haben. Alles, was die Verwirrung in Europa, insbesondere in Deutschland und was damit zusammenhängt, steigert, kann nur erfreulich sein.

— [Die Kaufsumme], welche der Kaiser von Oesterreich am 15. d. vom König von Preußen für Lauenburg zu beziehen hat, ist von Roth'schild im Voraus ausgelegt worden.

— [Zum Tod von Kossuth's Fran.] „Ludwig Kossuth v. Kossuth und Udvard“ zeigt in ungarischen Blättern „in seinem eigenen Namen und im Namen seiner Söhne Franz und Ludwig Theodor

vor Kossuth, der ungarischen Nation insgesamt und seinen fernern Verwandten, Freunden und Bekannten in Europa und Amerika, insbesondere aber jenen zahlreichen wohlwollenden Freunden in England, Schottland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die ihn und seine Familie während ihres Exils mit so vielen edlen Beweisen der Theilnahme beehrt haben", den Tod seiner Gattin, geb. Meslenski v. Meslensky, an. „Das ungarische Volk hat in ihr eine seiner besten und aufrichtigsten Freundinnen, ihr Vaterland aber, das von ihr so heiß und innig geliebte ungarische Vaterland, eine seiner treuesten Töchter verloren.“

\* **München, 12. Sept.** [Socialgesetzgebung. Prozeßordnung.] Im Ministerium des Innern ist man mit einer durchgreifenden Umarbeitung der Entwürfe zur neuen Socialgesetzgebung beschäftigt, womit man schwerlich vor Ablauf dieses Jahres zum Abschluß kommen wird. Die Einberufung des besonderen Ausschusses von 15 Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten, dem diese Entwürfe zur Beratung unterbreitet werden, wird daher erst nach Anfang des nächsten Jahres stattfinden. Dagegen treten die Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern zur Beratung des Entwurfs einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und des Einführungsgesetzes dazu am 16. Dec. d. J., gemäß der Bestimmung im §. 11 des Landtagsabschieds vom 10. Juli d. J., wieder zusammen.

**O. Frankfurt a. M., 11. September.** [Der Schweizer-Verein. Demokraten-Versammlung in Darmstadt. Der bevorstehende Abgeordnetentag.] Gestern Mittags 11 Uhr fand dahier am sogenannten Grindbrunnen, dem Exerzierplatz der hiesigen Bundesstruppen, die feierliche Uebergabe der dem hiesigen Schweizer-Verein von Herrn zum Geschenk gesandten Fahne durch den Festpräsidenten des Vereins, Herrn Frey, statt. Die ebenso schöne als werthvolle Fahne zeigte auf der einen Seite das weiße Kreuz im rothen Feld, auf der anderen Seite die Männer auf dem Grütli und die Aufschrift:

„Schweizer fern am Mainerstrand,  
Ehrt in Eren' das Vaterland.“

Bei der Uebergabe waren außer den Schweizer-Vereinen von Frankfurt und Mainz, die hiesigen Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, der hiesige Gesangverein Concordia und der Gesangverein von Bibbel zugegen. Der Festpräsident Herr Frey hob in seiner begeisterten Ansprache an die Schweizer besonders hervor, daß die Zeit herannahe, wo die Arbeiter aller Nationalitäten gemeinschaftlich in gleichem Sinne die socialen und politischen Fragen zugleich lösen würden; er betonte, daß Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, jener ächten deutschen Volkspartei, welche für Licht, Wahrheit und Recht kämpfe, der Feier beizuwohnen. Nachdem der Präsident des Schweizer-Vereins, Herr Eglinger, die Fahne in Empfang genommen und einige entsprechende Worte auf die Ansprache des Herrn Frey erwidert hatte, setzte sich die Arbeiterkolonne in Bewegung und zog unter Musikbegleitung durch die Stadt nach dem Vereinsfesteneller, wo Nachmittags 2 Uhr in dem schön mit deutschen und Schweizerfahnen und Wappen decorirten Saale, das Banquet begann und wo sich auch noch andere Ehrengäste, darunter der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, Bernhard Beder, der Vorsitzende des Sechshunddreißiger Ausschusses, Dr. Siegmund Müller, sowie einige Vorstandmitglieder des deutschen Schützenbundes, einfanden. Alsobald herrschte eine freudig gebundene Stimmung im Saale, Volksgesänge der Schweizer wechselten ab mit Vorträgen der deutschen Gesangvereine, mit Reden, Toasten und musikalischen Ausführungen. Die Reden der Schweizer, welche meist einen rein nationalen Charakter hatten, will ich übergehen und nur kurz die sonstigen Reden berühren. Der erste Toast galt den Gästen, ausgebracht von dem mehrerwähnten Schweizer Herrn Frey. Hierauf folgte eine Ansprache des Herrn Dr. Siegm. Müller, in welcher er unter Anderem sagte, daß sich die Sympathien der Schweizer und Deutschen für einander bereits auf den Schützenfesten in Frankfurt, La Chaux-de-Fonds und anderen Orten kundgegeben hätten. Nach einer alten Sage

würde dereinst der Feldberg\*) in der Schweiz liegen, dies könne nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland eine Föderativ-Republik wie die Schweiz sein werde und daß die Institutionen der Schweiz sich auch nach Deutschland verpflanzen. Jeder gute deutsche Patriot müsse dies anstreben. Er schloß mit einem Hoch auf die fernere Freundschaft zwischen dem deutschen und dem schweizer Volke. Der folgende Redner war Herr Heint. Oberwinder; derselbe wies darauf hin, daß diese Feier, wenn auch im Kleinen, zeige, welcher gewaltige Geist die Völker Europa's durchwehe. Schweizer und deutsche Arbeiter seien vereinigt, um ihren gegenseitigen freundschaftlichen Gefühlen Ausdruck zu geben. Die Arbeiter seien es aber auch, welche in allen Ländern dasselbe Interesse hätten, sie seien es gewesen, welche die freien Institutionen, welche heute das Volk genieße, mit ihrem Herzblute erkämpft hätten. Als Lincoln, der Präsident der nordamerikanischen Republik, ermordet worden sei, da hätten die Studenten von Paris dem Gesandten der Union in einer Adresse zugerufen: „In Amerika handelt es sich um Abschaffung der Sklaverei, in Europa um Befreiung des Proletariats.“ Wenn einmal der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Arbeiter die monarchisch-feudalen Ueberreste des Mittelalters thatkräftig hinwegräumen würden, dann werde auch die entfesseltende Macht des Kapitals, welche gerne alle großen geistigen Bestrebungen und menschlichen Ideale aus der Welt verbannen möchte, gebrochen werden, dann werde man aber auch nicht für verbrauchte Föderativ-Berfassungen, sondern für einheitliche centralisirte Social-Republiken kämpfen. Das begeisterte donnernde Hoch, welches nun Redner unter allgemeinem Beifall ausbrachte, galt den zukünftigen social-demokratischen Staaten. Hieran schloß sich eine feurige Ansprache des Herrn F. Ellner mit den Schlußworten:

„Mann der Arbeit aufgewacht,  
Und erkenne deine Macht!“

Der Schweizer-Verein von Mainz nahm bald darauf herzlichen Abschied von den Versammelten, worauf gegen sieben Uhr Abends ein kleiner Ball veranstaltet wurde. Aber auch dieser wurde mit kernigen Reden gewürzt, wovon besonders diejenige des Herrn Lauer den Beifall der Versammelten erregte. Bis spät in die Nacht währte das süßliche Treiben gemischt mit dem hohen Ernste, dessen unsere Zeit bedarf. Gegen den Schluß hin sprach noch Herr Praetorius v. Alzey einige Worte, in welchen er sagte, daß nur von den Arbeiterbänden der deutsche Einheitsbau begründet würde, worauf Herr Oberwinder im Namen der Frankfurter Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins eine kurze Abschiedsrede hielt. Die ganze Feier war in jeder Beziehung eine würdige und erhabende, ein schönes Bild nationaler Verbändlung. — Nächsten Montag soll in Darmstadt eine Versammlung stattfinden, welche die Gründung einer neuen demokratischen Partei zum Zwecke hat.\*\*) Diefelbe ist vorläufig eine vertrauliche und hauptsächlich von denjenigen angeregt, welche sich im vergangenen Jahre vom Nationalverein losgetrennt haben. Auf dem mir zugekommenen Einladungsschreiben befinden sich mehrere bekannte Namen. Ich glaube nicht, daß diese Versammlung einen erheblichen Erfolg erzielen wird. Die social-demokratische Partei ist die einzige, welche wirklich Halt und Boden im Volke hat. — Was die am 1. October hier tagende Abgeordneten-Versammlung betrifft, so hegt man in bürgerlich-demokratischen Kreisen große Erwartungen, doch zweifelt man sehr an dem Erscheinen preussischer Abgeordneter, über die sich selbst die hiesigen Nationalvereiner sehr tadelnd äußern.

## Ausland.

**H. Paris, 12. Sept.** [Fortwährende Polemik über das Decentralisationsprojekt. Die Ott-Culenburg'sche Affaire. Minister Drouyn de Lhuys über den Gastei-

\*) Der höchste Berg im Taunusgebirge.

(Anm. d. Red.)

\*\*) Wir haben bereits darauf hingedeutet.

(Anm. d. Red.)

ner Vertrag. Inland.] Zwei Gegenstände beschäftigen fortwährend Presse und Publikum: das „Projekt“ von Nancy und die Affaire Ott-Culenburg. Ich habe Ihnen schon über den erstgenannten Gegenstand ziemlich ausführlichen Aufschluß gegeben, namentlich was seine praktische Seite betrifft, von welcher aus betrachtet das Decentralisationsprojekt ein Parteiprogramm der coalisirten Opposition ist, und die radikalste Opposition, die entschiedensten Republikaner, mehr aus persönlichem Widerstreben gegen eine Verbindung mit ihren Todfeinden, den Legitimisten und Clerikalen, als aus prinzipiellen Rücksichten sich weigern, diese Fahne aufzupflanzen. Aber auch die entgegenstehenden Prinzipien kommen in der Polemik zur Diskussion, und diese Seite der debattirten Frage ist von weit größerem und allgemeinerem Interesse als die andere. Mit Recht hebt heute der „Avenir“ hervor, daß die Decentralisation, der Föderalismus und das Geschrei über den zu großen Einfluß der Hauptstadt Paris von jeher nur ein Ausfluß der Reaktion gegen die Demokratie war, sowohl der französischen wie der europäischen. Schon Heinrich III., den die Barrikaden aus Paris vertrieben haben, fand, daß diese Stadt ein zu großer Kopf am französischen Körper sei und geschwächt werden müsse. Die Könige von Frankreich hatten schon längst vor der Revolution mit Recht diesen Kopf gefürchtet, der namentlich seit Louis XIV. stets an Macht und Einfluß zunahm, und dem die Revolution ihren Sieg verdankte. Seitdem hat die Reaktion nie einen heißeren Wunsch gehabt, als Paris und die französische Centralisation zu vernichten, welche allen von der Provinz und dem Auslande versuchten Contrerevolutionen getrost hatte. Wird diese französische Einheit von Regierungen mißbraucht, so soll man, sagt der „Avenir“, diesen Mißbrauch beseitigen, diese Regierungen bekämpfen, aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Centralisation ist die Macht der modernen Demokratie; Frankreich verdankt ihr, weil sie bei ihm zuerst, in Folge seiner ganzen Geschichte, sich ausgebildet hat, seine Revolution und seinen großen Vorsprung im socialen Leben der modernen Völker. Uebrigens streben heute alle diese Völker in beiden Hemisphären instinktmäßig nach größerer Centralisation. Was sind die Nationalitäts- und Einheitsbestrebungen anders, als Centralisationsbestrebungen? Sie allein sind auch die sicherste Garantie für den Sieg der socialistischen Principien, ohne welche in der modernen Welt der Demokratie an keine wirkliche Volksherrschaft zu denken ist. Wenn sich die Gegner der Centralisation Freunde der Freiheit oder „Liberalen“ nennen, so weiß man, daß sie nicht die Volksherrschaft, sondern die Freiheitsliebe einer Boden- und Geldaristokratie darunter verstehen, die Freiheit mit der Ungleichheit, nicht die Freiheit und Gleichheit. Diese ist nur in der Einheit möglich. Daher das instinktmäßige Streben der Demokratie nach Einheit, welches keine Macht der Erde, am wenigsten eine Intrigue mehr zu unterdrücken im Stande ist. — Bei dem in Frankreich so ausgeprägten Sinn für Gleichheit mußte natürlich der Vorgang in Bonn (Tödtung des französischen Kochs Ott durch den Grafen Culenburg, Freiwilligen in der preussischen Armee) die größte Entrüstung hervorrufen. Anfangs hielt man es für ganz unmöglich, daß ein Mörder deshalb angeklagt bleiben könnte, weil er zu einer bevorzugten Klasse gehört, und man war daher geneigt, natürliche Ursachen anzunehmen, welche die Thatbar, wenn auch nicht rechtfertigten, so doch erklärten. Ich hatte zufällig selbst Gelegenheit, einen hochgestellten französischen Juristen über diesen Vorfall sprechen zu hören. Es würde sich herausstellen, meinte er, daß der junge Mann entweder selbst betrunken war oder von Betrunknen zu seiner Handlung provocirt worden sei. Ein Todschlag aus purem aristokratischem Uebermuthe könne in unserer Zeit nicht mehr angenommen werden. Nun, wir wollen sehen. Untersucht wird die Sache jedenfalls, wenn nicht vor den preussischen Gerichten, so vor dem Gerichte der öffentlichen Meinung. Der französische Gesandte in Berlin ist wirklich sogleich angewiesen worden, sich ernstlich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Bei der Oeffentlichkeit, die sie bereits in Folge der in hie-